

Jetzt auch offiziell: AfD rechtsextremistisch

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat bestätigt: Die AfD arbeitet gegen die Demokratie und ist eine rechtsextremistische Partei. Die AfD sieht das anders und spricht von einer politischen Entscheidung.

Bisher galt die **Einstufung** nur für die drei **Landesverbände** in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, jetzt kommt das Bundesamt für Verfassungsschutz zu dem Ergebnis: Die gesamte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist gesichert rechtsextremistisch und **verfolgt verfassungsfeindliche** Ziele. Seit 2021 wurde die Partei **bundesweit** als **Verdachtsfall** beobachtet. Mit der neuen Einstufung kann die AfD in Zukunft einfacher **überwacht** werden.

In seiner dreijährigen Untersuchung hat das Bundesamt unter anderem Aussagen der AfD im **Bundestagswahlkampf** geprüft und stellt fest: Die Partei verletzt die **Menschenwürde**. Denn die AfD meint, dass nur Menschen mit deutscher Herkunft zum Volk gehören. Sie sieht Menschen mit **Migrationshintergrund** nicht als **gleichwertig** an – vor allem diejenigen aus **muslimisch geprägten** Ländern. Außerdem hat die Partei Kontakte zu rechtsextremen Gruppen.

Viele Politikerinnen und Politiker anderer Parteien **begrüßen** die Entscheidung des Bundesamtes, manche fordern ein Verbot der AfD. FDP-Politikerin Strack-Zimmermann sagt: „Die AfD ist [...] eine rechtsextremistische Bewegung, die unsere [...] **Grundordnung** zerstören will.“ Die AfD selbst will vor Gericht gegen die Einstufung kämpfen. Stephan Brandner, **stellvertretender Vorsitzender** der Partei, nennt die Entscheidung „eine rein politische im Kampf [...] gegen die AfD“.

Welche Folgen die Untersuchung politisch haben könnte, ist eine andere Frage: Bei der Bundestagswahl im Februar bekam die AfD 20,8 Prozent der Stimmen. Damit ist sie jetzt die zweitstärkste Kraft im Parlament nach der konservativen CDU/CSU. Und in manchen Umfragen stieg die Zustimmung seitdem sogar noch.

Autoren: Christoph Hasselbach, Markus Hofmann

Glossar

Bundesamt für Verfassungsschutz (n., hier Singular) – die deutsche Behörde, die zum Schutz des Staates Informationen über gefährliche Gruppen oder Personen sammelt

rechtsextremistisch – undemokratisch, nationalistisch und rassistisch

Einstufung, -en (f.) – hier: das Ergebnis, die Beurteilung

Landesverband, Landesverbände (m.) – die Teilorganisation einer Partei in einem Bundesland

ein Ziel verfolgen – hier: ein Ziel haben und alles unternehmen, um es zu erreichen

verfassungsfeindlich – so, dass eine Handlung gegen das deutsche Grundgesetz oder die Grundrechte der Menschen ist

bundesweit – in der ganzen Bundesrepublik Deutschland

Verdachtsfall, -fälle (m.) – eine Sache, bei der etwas Schlechtes vermutet wird

jemanden/etwas überwachen – hier: jemanden/etwas kontrollieren

Bundestagswahlkampf, Bundestagswahlkämpfe (m.) – hier: die Zeit vor einer Wahl zum Bundestag, in der eine Partei versucht, Menschen von sich zu überzeugen

Menschenwürde (f., nur Singular) – der Wert und die Bedeutung, die ein Mensch hat

Migrationshintergrund (m., nur Singular) – die Tatsache, dass man in einem Land lebt, aber selbst (oder die Familie) aus einem anderen Land kommt

gleichwertig – so, dass etwas die gleiche Bedeutung hat; gleich wichtig

muslimisch geprägt – so, dass der Islam in einer Region sehr wichtig ist

etwas begrüßen – hier: sagen, dass man etwas gut findet

Grundordnung, -en (f.) – hier: die wichtigsten Regeln für das Zusammenleben

stellvertretende Vorsitzende, -n (m./f.) – jemand, der anstelle von einer anderen Person die leitende Aufgabe übernimmt, wenn diese nicht da ist